

nen längerfristige Arbeitsverträge abschließen zu müssen. Es ist klar, daß die Unternehmer von den Arbeitern und Angestellten, denen sie die „Gnade“ erweisen, bei ihnen zeitweilig arbeiten zu dürfen, auch erwarten, daß sie es mit der Gewährung gewerkschaftlicher und anderer Rechte nicht so genau nehmen.

Ähnlich ist es auch bei einer dritten Methode, der sogenannten Leiharbeit. Arbeiter werden, auch dies wurde in dem erwähnten „Beschäftigungsförderungsgesetz“ legalisiert, durch spezielle Firmen leihweise verkauft. In der BRD existieren über 10 000 derartige Verleihfirmen.

Das „Beschäftigungsförderungsgesetz“ stimuliert diesen modernen Sklavenmarkt. Bisher durften nämlich Arbeiter nur für drei Monate an denselben Unternehmer verliehen werden. Jetzt ist dies für 6 Monate möglich. Eine derartige gesetzliche Verankerung hat inzwischen viele Betriebe in der BRD veranlaßt, die Personallisten mit dem Ziel durchzuforssten, teure Stammbeschaftungen zu reduzieren.

Die „neue Armut“ als Geißel für die Werktätigen hat weitere bedenkliche Folgen. Arbeiter und Angestellte in den Ländern des Kapitals scheuen sich zunehmend, im Krankheitsfall einen Arzt aufzusuchen. Sie befürchten, bei Krankschreibung den Arbeitsplatz zu verlieren. So wurde in der BRD nachgewiesen, daß es einen verdeckten Krankenstand gibt. Leute, die eigentlich ins Bett gehören, weil sie krank sind, erscheinen wie selbstverständlich zur Arbeit.

Als betriebliches Druckmittel gelten sogenannte Sozialgespräche. In diesen Gesprächen wird kranken Arbeitern und Angestellten mit der Kündigung oder Versetzung gedroht. Kommen sie trotz Krankheit zur Arbeit, so werden ihnen Anwesenheitsprämien in Aussicht gestellt. Dieser psychologische Druck hat dazu geführt, daß in der BRD seit 1980 die Zahl der Kuren für Arbeiter und Ange-

stellte sprunghaft zurückgegangen ist, 1982 gegenüber dem Vorjahr sogar um 40 Prozent.

Die verschlüsselt oder offen ausgesprochene Drohung, ausgehungerte Arbeitslose anstelle solcher Arbeiter oder Angestellter in die Betriebe zu holen, die auf ihre Rechte pochen, hat dazu geführt, daß die Sicherheitsbestimmungen in Konzernbetrieben immer kleiner geschrieben werden. Der Versuch, die von den Gewerkschaften erkämpften Schutzrechte zu liquidieren, wird von imperialistischen Medien demagogisch und zynisch als Überwindung von Standesprivilegien bezeichnet. Die Arbeiter und Angestellten hätten sich mit den bisherigen gesetzlichen Festlegungen ein Anrecht auf Leistungen geschaffen, die nicht mehr in unsere Zeit passen. Die Werktäti-

Beschäftigte und Arbeitslose wehren sich

In machtvollen Aktionen gegen den Generalangriff der Monopole und des Staates auf die sozialen Errungenschaften der Werktätigen üben Beschäftigte und Arbeitslose, gemeinsam mit ihren Gewerkschaften in der BRD und in anderen westeuropäischen Ländern praktische Solidarität. Dabei gewinnt eine Erkenntnis zunehmend mehr Raum: Der Kampf gegen den Sozialabbau muß immer zugleich ein Kampf gegen Hochrüstung, gegen die von den USA betriebene Weltraum militarisation, gegen die Gefahr eines vom Imperialismus ausgelösten, die Existenz der Menschheit bedrohenden nuklearen Infernos sein.

Daher richten sich die machtvollen Aktionen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern zur Bewahrung ihrer sozialen Rechte und Errungenschaften verstärkt auch gegen den imperialistischen Rüstungswahnsinn. Die Kampflosung „Statt Weltraumwaffen - Arbeitsplätze schaffen!“ vereint heute Menschen unterschiedlicher politischer Strömungen in den kapitalistischen

gen sollten sich selbst um ihr soziales Befinden und um die Vorsorge für ihr Alter kümmern. Dies sei die Freiheit eines jeden einzelnen, sein Glück anzustreben.

So wird Sozialabbau vom Hohn der Konzernpresse begleitet. Gesetze werden in Kraft gesetzt mit der Absicht, eine Entsolidarisierung und Individualisierung der Werktätigen zu erreichen. Mit Hilfe der „neuen Armut“ soll Zwietracht gesät werden zwischen Stamm- und Randbeschaftungen; zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen. „Die sozialen Unterschiede werden größer“, wurde in einem Referententmaterial des DGB in der BRD hervorgehoben. „Durch unsere Gesellschaft geht ein Riß. Er trennt die, die noch Arbeit haben von denen, die Arbeit suchen. Die Armut nimmt zu ...“

Ländern im Ringen um soziale Sicherheit und zur Verhinderung eines Krieges.

Die Kommunisten stehen dabei in vorderster Front. Sie sind es vor allem, die immer wieder nachweisen, daß die Krisen der imperialistischen Welt ihre Ursachen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst haben. Und im Zusammenhang damit machen sie deutlich, daß, wie Genosse Herbert Mies auf der

7. Tagung des Parteivorstandes der DKP ausführte, „dort, wo die werktätigen Menschen und nicht die großen Kapitalisten das Sagen haben, Massenarbeitslosigkeit, Armut, soziale Unsicherheit und Zukunftsangst überwunden werden können“.

Die Länder des real existierenden Sozialismus liefern dafür den Beweis.

Prof. Dr. Georg Grasnick
Stellvertreter des Direktors des Instituts
für Internationale Politik und Wirtschaft
der DDR¹

1) MEW, Band 23, S. 675
2) MEW, Band 23, S. 658